



ALBERT-EINSTEIN-GYMNASIUM
DÜSSELDORF

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
18/1303**

A15

ALBERT-EINSTEIN-GYMNASIUM DÜSSELDORF • Postf. 320631 • 40421 Düsseldorf

Landtag Nordrhein-Westfalen
Referat I.A.2 / A15
z. Hd. Herrn Jan Jäger
Postfach 10 11 43
40002 Düsseldorf

27.02.2024

**Stellungnahme bei der Anhörung von Sachverständigen zum Antrag der FDP-Fraktion / Drucksache 18/6838
A15 – Prävention gegen Antisemitismus – 12.02.2024**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Kuper,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich für die Möglichkeit, eine Stellungnahme zu dem für unsere Schule bedeutsamen Thema Antisemitismus abgeben zu dürfen. Unsere Schule, das Albert-Einstein-Gymnasium Düsseldorf, ist das einzige jüdische Gymnasium in Nordrhein-Westfalen und steht insbesondere seit dem Hamas-Angriff auf Israel am 7. Oktober 2023 vor besonderen Herausforderungen. Die hier abgedruckten Aussagen sind jedoch nicht stellvertretend für alle jüdischen Schulen und auch nicht für die Schulträgerschaft unserer Schule, die Jüdische Gemeinde Düsseldorf.

Der Antrag der FDP-Fraktion fasst die Gemengelage, insbesondere bezogen auf die schulischen Auswirkungen, sehr gut und treffend zusammen. Alle genannten Maßnahmen sind unterstützenswert und können dazu dienen, das Thema Antisemitismus einzudämmen, für das Thema stärker zu sensibilisieren und langfristig hoffentlich Antisemitismus auch zu reduzieren.

Einige unserer Schülerinnen und Schüler sind ausgebildete Vortragende im Programm „Meet a Jew“ (Projekt des Zentralrats der Juden in Deutschland) und berichten von sehr eindrucksvollen Begegnungen an öffentlichen Schulen. Auch andere deutschsprachige jüdische Schulen, zum Beispiel aus der Schweiz und Österreich, bewerten ein analoges Programm namens „Likrat“ (Hebräisch für ‚Begegnung‘) positiv. Die Begegnungen zwischen Jugendlichen anderer Religionen und einer im Klassenraum sitzenden gleichaltrigen Person jüdischen Glaubens seien sehr effektiv und nachhaltig wirkend, um antisemitische Vorurteile abzubauen. Daher empfehle ich, dass die Förderung des deutschen Programms „Meet a Jew“ intensiviert, wissenschaftlich begleitet und in einem größeren Maße an Schulen herangetragen wird. Die Medienberichterstattung zu dem Programm war in den letzten Jahren durchaus intensiv. Ich glaube jedoch, dass viele Schulen noch gar keine Kenntnis von diesem Programm haben und es zu wenig gebucht wird. Wir als Schule, die sich als Begegnungsschule versteht und allen Religionen offensteht, machen mit





Besuchern auch die Erfahrung, dass durch die direkten Begegnungen mit lebendigem jüdischem Leben am besten Vorurteile abgebaut und Faktenwissen vermittelt werden können.

Einen weiteren Aspekt möchte ich jedoch auch noch in den Vordergrund rücken. Der Fokus auf den Religionsunterricht und der Bedeutsamkeit von interreligiösen Begegnungen ist wichtig, aber das Thema Antisemitismus sollte in nahezu allen Lehrplänen fest verankert werden. Analog zu anderen ‚ismen-Themen‘, die in mehreren Fächern Eingang gefunden haben, muss das Thema Antisemitismus auch im Querschnitt des Fächerkanons einer öffentlichen Schule dargestellt sein und in fachspezifischen Portionen Schülerinnen und Schülern immer wieder begegnen.

Der von Ihnen vorgetragene Fokus auf die Lehrer:innenausbildung ist richtig, greift jedoch zu kurz. Alle Lehrkräfte im Land müssen im Bereich Antisemitismus geschult und handlungsfähig gemacht werden. Daher möchte ich betonen, dass dies nicht nur junge und neu eingestellte Lehrkräfte betreffen darf, sondern gerade und insbesondere auch etablierte und ältere Lehrkräfte, die anders aufgewachsen, anders sozialisiert und bei denen bestimmte Muster eventuell immer noch in den Köpfen vorhanden sind. Daher muss es aus meiner Sicht eine Kampagne geben, die alle Lehrkräfte im Land in den nächsten Jahren erfasst.

Ich begrüße den Ansatz einer zentralen Bildungsstätte, die organisiert Fortbildungsangebote anbietet. Häufig ist jedoch zu beobachten, dass gerade Fortbildungsangebote im Bereich Geschichtsbildung und Antisemitismusprävention sehr fachspezifisch abgehalten werden oder nur für Geschichts- bzw. Religionslehrkräfte interessant erscheinen. Meist sind diese Fortbildungen nicht verpflichtend, sondern werden auf freiwilliger Basis wahrgenommen und sind zudem wenig nachhaltig für das Gesamtkollegium. Der Fokus einer solchen Bildungsstätte sollte deutlich auf dem aktiven Judentum liegen, auf dem lebendigen Judentum und auf der Bildung über den Staat Israel.

Den Schwerpunkt dieser Bildungsstätte auf das Gedenken und das Wissen über die Shoah zu legen, wäre eine Dopplung zu bereits guten und vielfältig angebotenen Bildungsangeboten, die unser Land hat. Aktueller Antisemitismus wird aus meiner Sicht nicht nur durch Gedenken, sondern durch Wissen über eine hier lebende Bevölkerungsgruppe, über deren Religion und ihre Kultur bekämpft. Um das aktive und lebendige Judentum korrekt darzustellen, wäre es aus meiner Sicht außerdem essenziell, den Blick nicht auf oberflächliche Muster wie Kleidungs- und Essensvorschriften oder Feierlichkeiten zu lenken, sondern die kulturellen und religiösen Besonderheiten in der Tiefe herauszuarbeiten. Dazu bedarf es der Wissenschaft und auch der Beteiligung jüdischer Menschen. Viele Projekte zum Judentum werden geplant und durchgeführt von Nichtjuden. Auch an dieser Stelle muss ein Umdenken stattfinden, um Stereotype zu vermeiden und die betroffene Bevölkerungsgruppe einzubinden. Dieser Punkt ist kein einfacher und bedarf sicherlich auch einer größeren Öffnung seitens der jüdischen Gemeinden. Eine Bildungsstätte ohne anteilig jüdisches Personal zum Themenbereich Judentum und Israel wäre aus meiner Sicht unvollkommen.

Zusätzlich zu der im Antrag geforderten Bildungsstätte sollten alle Schulen im Land verpflichtet werden, in den nächsten drei Jahren einen festen Pädagogischen Tag abzuhalten, der sich dem



Thema Antisemitismus und dem Staat Israel widmet. Dieser Ansatz wäre zielführend, um alle Kollegien im Land NRW auf die besondere Thematik Israel als Teil der „Staatsräson“ der Bundesrepublik Deutschland einzustimmen.

Des Weiteren unterstütze ich den 10-Punkte-Plan der Landesregierung NRW, in dem eine vor Ort regional verortete Meldestelle angesprochen wird. Für mich als Schulleiter wäre zu wünschen, dass alle Schulen ein digitales Tool zur Meldung antisemitischer Vorfälle eingerichtet bekämen. Nur so erhalten die Landesregierung und das MSB eine Übersicht über Schwerpunktregionen und ggf. einzelne Schulen, an denen das Thema Antisemitismus besonders virulent ist. Nur so können gezielt Maßnahmen getroffen werden, um Hotspots - gerade in Regionen, in denen sich ‚islamischer Antisemitismus‘ häuft - gezielt zu beschulen und mit Präventionsprojekten zu versehen.

Insbesondere die Migrationshintergründe in vielen Klassen der öffentlichen Schulen sind für die Kolleginnen und Kollegen vor Ort eine große Herausforderung, wenn Themenbereiche wie der Nahostkonflikt angesprochen, geschweige denn sich ganz aktiv für den Staat Israel eingesetzt werden soll. Viele unserer Schülerinnen und Schüler in den öffentlichen Schulen NRWs haben Wurzeln in Ländern, in denen ‚Holocaust Education‘ unbekannt ist. Viele dieser Schülerinnen und Schüler haben kaum Bildung hinsichtlich der Schrecken des Zweiten Weltkrieges. Manche dieser Schülerinnen und Schüler haben sogar ganz gegenteilig und sehr bewusst antisemitisches Gedankengut von Kindesbeinen an durch ihre Eltern erfahren, da diese aus Ländern kommen, die dem Staate Israel gegenüber feindlich eingestellt sind und diese Dogmatik in ihren gesamten Bildungsinstitutionen vom Frühkindesalter an pflegen.

Die Forderung vieler Politikerinnen und Politiker und auch in dem hier vorliegenden Antrag zu lesende Ausführungen, dass jede Schülerin und jeder Schüler einmal im Schulleben eine Gedenkstätte besucht haben soll, ist unterstützenswert. Dennoch verbinden viele Schulleitungen in NRW damit eine weite Reise nach Auschwitz oder Buchenwald. Hier wäre die Frage zu stellen, ob es nicht auch regionale Projekte geben kann, die den Schülerinnen und Schülern vor Ort in ihrer Heimatstadt vor Augen führen, dass die Täterinnen und Täter nicht weit weg im heutigen Polen gelebt haben, sondern hier vor Ort agierten. Daher würde ich den Begriff Gedenkstättenfahrt eingrenzen oder anders benennen, so dass Gedenkstättenarbeit und eine Erinnerungskultur auch lokal gut und nachhaltig wirken können. Faktenvermittlung ist meiner Ansicht nach die einzige Möglichkeit, das emotional aufgeladene Thema Israel und Nahostkonflikt und die Vorurteile und Stereotypen gegenüber Jüdinnen und Juden nachhaltig und über die nächsten Jahrzehnte abzubauen.

Abschließend möchte ich den aus meiner beruflichen Sicht wichtigsten Aspekt benennen: die rechtliche Lage des Schulgesetzes. Aus vielen anderen Themen, die unseren Schulen Probleme bereiten, wissen wir, dass das Schulgesetz NRW viel Raum für Auslegung und Toleranz gegenüber jugendlicher (Fehl-)Entwicklung bietet. Das Schulgesetz muss sich jedoch unserer veränderten Alltagswirklichkeit stellen. Damit meine ich eine Welt, in der Kriege näherrücken, eine Welt, in der der Extremismus nach Deutschland zurückgekehrt ist. Ich bin fest davon überzeugt, dass



nur eine neue und rechtlich starke Regelung bei antisemitischen Vorfällen den Schulen vor Ort helfen kann. Antisemitisches Verhalten sollte nicht nur als Straftat gewertet werden und zwingend von Schulleitungen zur Anzeige gebracht werden müssen, sondern sollte auch fest in den Text des Schulgesetzes aufgenommen werden und in den Katalog der Ordnungsmaßnahmen nach §53 SchulG Eingang finden. Nur so kann den Beteiligten vor Ort vor Augen geführt werden, welche Konsequenzen es nach sich zieht, wenn sich Schülerinnen und Schüler antisemitisch verhalten oder äußern oder offen Aggressivität gegen jüdische Mitschüler:innen zeigen. Pädagogische Gespräche führen hier ausnahmsweise nicht zu einer Verhaltensänderung.

Nicht erst seit dem Terrorangriff auf Israel am 7. Oktober 2023 können sich jüdische Schülerinnen und Schüler nicht mit ihren Symbolen, ihrer Kleidung, ihren Einstellungen und mit ihrem Glauben offen auf den Straßen zeigen. Auch davor war das offene Tragen eines Davidsterns oder der Kippa nahezu undenkbar. Die Sehgewohnheit der Mehrheitsgesellschaft kennt darum diese Symbole nur aus dunklen Kapiteln der Geschichtsbücher.

An unserem Albert-Einstein-Gymnasium Düsseldorf, einer Schule mit jüdischem Profil, können die Schülerinnen und Schüler – geschützt hinter Panzerglas und Metallmauern – diese Identitätssymbole tragen und die Nationalhymne Israels (haTikwa) singen. Die Israelflagge weht auf unserem Schulhof. Aber außerhalb unseres Schulhofs ist die Mehrheitsgesellschaft nicht bereit zu akzeptieren, dass das Judentum ein Bestandteil unseres Landes war und ist. Es ist ein gesamtgesellschaftliches Engagement von viel größerem Ausmaß nötig, um allen Menschen in Deutschland zu zeigen, dass das Judentum zwar heutzutage klein in der Personenzahl, aber in der Bedeutung für viele Bereiche sehr gewichtig und grundlegend war und ist.

Es ist weiterhin für Jüdinnen und Juden ein dauerhaftes Problem, dass religiöse Riten des Judentums, der Schabbat oder hohe werkfreie Feiertage in der Mehrheitsgesellschaft keine Beachtung finden. Daher wäre es ein starkes Signal, wenn man auch hier eine rechtliche Regelung im Schulgesetz schaffte, dass jüdische Schüler:innen ihre Religion frei ausleben können. Wir haben viele christliche Feiertage und nahezu alle Bürger in Deutschland kennen das muslimische Zuckerfest, jedoch kaum ein Mensch kann einen jüdischen Feiertag und dessen Bedeutung benennen. Daher wäre ein jüdischer Feiertag, der in Deutschland zentral alle Menschen beträfe, eine große Signalwirkung, aber sicherlich auch ein Unterfangen, das weit über den Antrag der FDP-Fraktion hinausgeht und auf bundespolitischer Ebene zu denken ist. In NRW wäre zumindest eine klare Anweisung an die Schulen hilfreich, dass jüdische Schülerinnen und Schüler an bestimmten werkfreien, hohen Feiertagen vereinfacht zu beurlauben sind.

Mit freundlichen Grüßen & שלום



Michael Anger
Schulleiter, OStD

Albert-Einstein-Gymnasium Düsseldorf, in Trägerschaft der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf